

„Serbien darf sich nicht isolieren“

Spitzenvertreter der Vojvodina fordert mehr Autonomie

Josef Kirchengast

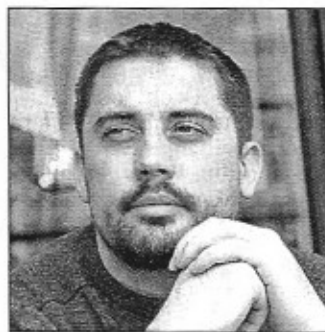
Wien – „Belgrad darf sich nicht für die Selbstisolation und einen diplomatischen Konflikt mit dem Rest der Welt entscheiden.“ Bojan Kostreš, Parlamentspräsident der serbischen Provinz Vojvodina, will seine Präferenz für den künftigen Status des Kosovo nicht auf pro oder kontra Unabhängigkeit reduzieren.

Im Grunde sei die Kosovo-Frage schon unter Slobodan Milošević entschieden worden, sagte Kostreš am Dienstag zum STANDARD in Wien, wo er sich auf Einladung des Instituts der Regionen Europas aufhielt. Seit damals zeige sich Serbien unfähig, sich zu dezentralisieren. Nur wenn es gelinge, die 1,6 Millionen Kosovo-Albaner als Bürger Serbiens zu integrieren, könne die Provinz bei Serbien bleiben.

Auf eine Unabhängigkeit des Kosovo könne Belgrad nur mit beschleunigter EU-Integration reagieren – „dann ist es

völlig egal, welchen Status der Kosovo hat“. Ultrationalisten würden versuchen, einen unabhängigen Kosovo politisch auszunützen und Unruhen zu provozieren. „Aber die Bürger wissen, dass es diese Kreise waren, die Serbien in seine heutige Lage gebracht haben. Sie werden eine Wiederholung nicht zulassen.“

Die Sozialdemokraten von Kostreš gehören der Mitte-links-Koalition in Novi Sad an. Diese fordert weitgehende Autonomie für die Vielvölkerprovinz, ähnlich jener, wie sie im früheren Jugoslawien existierte und dann von Milošević abgeschafft wurde. Dazu gehört auch Steuerhoheit. Kostreš verweist auf die Konsequenzen der politischen Entwicklung in Ex-Jugoslawien für die wirtschaftlich traditionell dynamischere nördliche Provinz: „Vor Milošević war das Bruttoinlandsprodukt der Vojvodina vergleichbar mit jenem Sloweniens. Heute ist das slowenische elfmal so groß.“



Parlamentspräsident Bojan Kostreš: Zentralismus hemmt Entwicklung. Foto: Hendrich



gestrichen. Am Dienstag, dass dem 54-Jährigen begleitete Ausgänge gestattet werden müssen. Ab Juli wird Klar dann der offene Vollzug gewährt, er darf also außerhalb des Gefängnisses arbeiten. Dafür soll er von der Justizvollzugsanstalt Bruchsal (Baden-Württemberg) nach Berlin verlegt werden. Claus Peymann, Chef des Berliner Ensembles und vormals Direktor des Wiener Burgtheaters, hat Klar ja bereits ein Praktikum als Bühnenarbeiter angeboten.

Damit setzte sich Klar gegen den baden-württembergischen Justizminister Ulrich Goll (FDP) durch. Der hatte Klars ersten Antrag auf Vollzugslockerung abgelehnt, weil sich dieser im Jänner mit einer „Kapitalismuskritik“ in einer Grußbotschaft an die Rosa-Luxemburg-Konferenz zu Wort gemeldet und eine „Niederlage der Pläne des Kapitals“ gefordert hatte. Klar ist unter anderem für den Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback 1977 zu sechs Mal lebenslanglich verurteilt worden. Laut CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer wirft die Entscheidung über Haft erleichterung „kein verändertes Licht auf die Behandlung des Gnadengesuchs“. (bau)

derStandard.at/Deutschland